

Wirtschaftskrise, das Versagen der Eliten und die Zukunft des Kapitalismus

Karl Georg Zinn

Die Wirtschaftskrise - kein normaler Konjunkturabschwung

Im Unterschied zu den relativ regelmäßig wiederkehrenden konjunkturellen Krisen handelt es sich bei der gegenwärtigen als Finanzkrise bezeichneten großen Wirtschaftskrise um eine Singularität – vergleichbar allenfalls mit der Großen Depression nach 1929. Die regelmäßigen Konjunkturzyklen gehören zur normalen Entwicklung der kapitalistischen Ökonomien. Diese zyklischen Auf- und Abschwungsprozesse lassen sich dank der Konjunkturtheorien auch ganz gut erklären. Es ist zwar nicht gelungen, den Konjunkturzyklus abzuschaffen, wie immer mal wieder behauptet bzw. gehofft wurde, aber mit der von John Maynard Keynes theoretisch begründeten antizyklischen Konjunkturpolitik ist es möglich, das Ausmaß der Konjunkturschwankungen zu dämpfen. Ganz anders verhält es sich jedoch mit der großen Wirtschaftskrise der Gegenwart. Sie findet keine plausible bzw. hinreichende Erklärung durch die Konjunkturtheorien, und im Unterschied zur Zwangsläufigkeit des Konjunkturzyklus sind die (relativ wenigen) großen Wirtschaftskrisen als Singularitäten zu verstehen. Damit ist gemeint, dass jede dieser großen Krisen ganz spezielle Ursachen aufweist. Sie lassen sich eben nicht durch eine allgemeine Erklärung, wie dies bei den Konjunkturzyklen der Fall ist, begreifen, sondern erfordern eine genauere wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung. Hierbei spielen nun die wirtschaftspolitischen Handlungen eine entscheidende Rolle – sowohl für die Entstehung einer großen Krise als auch bei ihrer mehr oder weniger erfolgreichen Bewältigung.

Wirtschaftskrisen sind geschichtliche Ereignisse – Artefakte sozusagen, und dafür sind Menschen verantwortlich (zu machen)

Handlungen werden von natürlichen Personen vorgenommen. Sie tragen daher die Verantwortung für die Folgen. Im Unterschied zu den Objekten der Natur, die den Naturgesetzen unterworfen sind, somit naturgesetzlich erklärt werden, sind für menschliche Handlungen andere Erklärungen erforderlich. Daher ist es üblich, die von den Menschen hervorgebrachten Phänomene, Artefakte im weitesten Sinn, *handlungstheoretisch* zu erklären. Handlungen können gut oder böse, richtig oder falsch sein. Sie werden wertenden Beurteilungen ausgesetzt. Das wäre für Naturerscheinungen völlig unsinnig. Niemand, dessen

Verstand einwandfrei funktioniert, würde einen Vulkanausbruch der Bosheit der Natur zuschreiben oder ihn als ein falsches Naturgeschehen charakterisieren. Für menschliche Handlungen ist es hingegen selbstverständlich, dass sie solchen Beurteilungen unterworfen werden. Deshalb gibt es auch Verantwortliche für die Entstehung der Krise und für das Gelingen oder Misslingen des Krisenmanagements.

Der skizzierte Unterschied zwischen Naturphänomenen und den menschlichen Artefakten verweist auf die grundlegende Differenz zwischen Natur und Kultur bzw. Geschichte. Die Geschichte der menschlichen Gesellschaften wurde von Menschen gemacht. Keineswegs waren daran alle Menschen und schon gar nicht in gleicher Weise beteiligt. Vielmehr waren und sind es relativ wenige Personen, die den Lauf der Geschichte wesentlich bestimmen, zumindest maßgeblich beeinflussen. Dieser Personenkreis wird als (eine) Elite bezeichnet. Ich ziehe allerdings wegen des neutraleren Begriffs den Ausdruck „Funktionselite(n)“ vor.

In der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung treten zwei Funktionseliten hervor: Die Angehörigen der politischen Klasse und die Führungskräfte der ökonomischen Institutionen. Zu den ökonomischen Institutionen gehören die Unternehmen und ihre Verbände, aber auch die Organisation(en) der abhängig Beschäftigten, also die Gewerkschaften. Für die Ökonomie ist also primär die Trias aus Staat, Unternehmern und Gewerkschaften bestimmend. Diese Trias findet sich – was ihre Bedeutung unterstreicht –

typischerweise meist dort, wo „paritätische Gremien“ geschaffen wurden. Selbstverständlich ließe sich der Katalog der ökonomisch bedeutsamen Institutionen noch erweitern – etwa durch die Medien, Konsumenten-Organisationen, durch die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und Fakultäten etc., aber die das ökonomische Gesamtgeschehen beherrschenden Funktionseliten gehören zu jener Trias von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften. Alle drei sehen sich zwar gehalten, in der breiteren Öffentlichkeit Akzeptanz zu suchen und bedienen sich dabei vor allem der Vermittlung der Massenmedien. Die Medien sind aber entgegen der vielleicht früher zutreffenden Charakterisierung als „vierte Gewalt“, heute nicht mehr autonom im eigentlichen Sinn. Vielmehr unterliegen sie ökonomischen Zwängen, die zur opportunistischen Orientierung an vorherrschenden ideologischen Positionen führen. Das intellektuelle Niveau der medialen Meinungsvermittlung wird naturgemäß dem jeweiligen Adressatenkreis angepasst. Die Medienlandschaft spiegelt insofern den Bildungsstand, die geistig-moralische Eigenständigkeit, die Kritikbereitschaft und -fähigkeit des Publikums wider. Jedoch sind die *Massenmedien* in aller Regel Vehikel der Verbreitung von Herrschaftsideologie und nicht Instrumente kritischer

Aufklärung, gar Stimulans widerständiger Zivilcourage.

Die Wirtschaftswissenschaftler gehören m. E. nicht zu den historisch entscheidenden Funktionseliten. Diese Herabstufung der Wirtschaftswissenschaft findet vermutlich Widerspruch – und nicht nur bei den oftmals recht überheblichen Ökonomen selbst, sondern auch in der Öffentlichkeit. Daher seien hier einige Argumente angeführt, warum m. E. die herabstufende Relativierung des faktischen Einfluss der Ökonomik auf die Wirtschaftspolitik berechtigt ist:

- Generell selektieren die Herrschenden die ihnen genehmen ökonomischen Lehrmeinungen und der unter Menschen nun einmal weit verbreitete Opportunismus führt dann auch zu mehr oder weniger starker Anpassung – insbesondere bei karrierebewussten Ökonomen; Paul Anthony Samuelson, der mit 93 Jahren im vergangene Jahr verstorbene „Doyen“ der US-amerikanischen Nachkriegsökonomien, hat wenige Jahre vor seinem Tod mit lapidarer Offenheit konstatiert, dass viele Ökonomen, also seine Kollegen, ihr Fähnchen nach dem politischen Wind auszurichten pflegen¹. Es ließe sich in diesem Zusammenhang auch das Marx-Engelssche Diktum aus der „Deutschen Ideologie“ zitieren: „Die herrschende Lehre ist immer die Lehre der Herrschenden“.
- Die Politik entscheidet über die personelle und das heißt immer auch ideologische Zusammensetzung ihrer ökonomischen Beratungsgremien.
- Die Spitzenplätze der als „unabhängig“ geltenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (ich beziehe mich auf die deutsche Situation) werden ebenfalls durch politische Entscheidungen besetzt
- Die Drittmittelpolitik, die sich inzwischen zu einem Drittmittel-Unwesen ausgewachsen hat, begünstigt – vorsichtig formuliert – die Ausrichtung der Wissenschaft auf wissenschaftsexterne Interessen und hat mehr oder weniger starke Korruptionswirkung; auch dieser Sachverhalt verweist die Wirtschaftswissenschaft in eine subalterne Rolle gegenüber den Machteliten.
- Schließlich resultiert aus den geschilderten wissenschaftsexternen Einflüssen auf die Ökonomik einerseits und der Anpassungsneigung der Ökonomen andererseits eine Verdrängung der heterodoxen Konkurrenz aus den wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen. Am bundesdeutschen Beispiel ließ sich dies während der vergangene zwei bis drei Jahrzehnte sehr eindrucksvoll und beschämend beobachten: Beispielsweise führte die neoliberalistische

1 Vgl. „As post-Reagan, post-Thatcher electorates turned rightward, follow the money pointed, alas, in only one direction. So to speak, we eat our own cooking.“ Siehe Paul Anthony Samuelson, Reflections on How Biographies of Individual Scholars Can Relate to a Science’s Biography, in: Derselbe/William A. Barnett, Hg., Inside the Economist’s Mind. Conversations with Eminent Economists, Malden/MA-Oxford-Carlton 2007, S. X.

Gleichschaltung vieler wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten und der sechs bundesdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur weitgehenden Ausgrenzung von Keynesianern, von marxistisch orientierten Ökonomen ganz zu schweigen. Die vermeintlich liberalen Ökonomen, tatsächlich allerdings recht konservative, ließen es an Intoleranz gegenüber den konkurrierenden Lehrmeinungen nicht fehlen. Nachwuchswissenschaftler, die kritisch zum Mainstream standen, hatten faktisch keine Karriere-Chancen. Es würde allerdings zu kurz greifen, für die Fehlentwicklung im Bereich der akademischen Ökonomie nur das dort tätige Personal verantwortlich zu machen. Es waren eben die politischen Vorgaben, ja Zwänge, die zu der Verengung auf die neoliberalistische Ideologie geführt haben, – auch wenn ohne die Unterwerfung unter die Wünsche der Machträger und des nicht selten sogar vorseilenden Gehorsams akademischer Ökonomen die neoliberalistische Gleichschaltung nicht so glatt und flächendeckend möglich gewesen wäre.

Die ideologischen und wirtschaftspolitischen Orientierungen der Trias

Wie konnte es zu der Krise unter dem Einfluss der Handlungen der Trias überhaupt kommen? Und wie verteilt sich die Verantwortung für die Krise auf die drei maßgeblichen Institutionen? Die Antwort lässt sich nicht ohne Rückgriff auf die Ursache des seit Ende der 1970er Jahre einsetzenden Siegeszuges der neoliberalistischen, richtiger: neokonservativen, Strömung geben.

Der weltweite Wachstumseinbruch Mitte der 1970er Jahre war begleitet von einer hohen Inflation, die sich seit Ausgang der 1960er Jahre entwickelt hatte. Eine wesentliche Ursache hierfür bildete das durch den Vietnam-Krieg bedingte US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit und die daraus folgende Dollarkrise.

Das Zusammentreffen von Wachstumsstagnation und Inflation, die sogenannte Stagflation, schien die Fähigkeiten der damaligen Regierungen bei weitem zu überfordern, die Krise mit Hilfe antizyklischer Fiskalpolitik nach Keyneschem Rezept zu überwinden. In der Tat enthielt der Instrumentenkasten der Nachkriegskeynesianer, auch als Neo-Keynesianer bezeichnet, kein brauchbares Werkzeug, um die Volkswirtschaften wieder auf den alten Wachstumspfad zurück zu bringen. Die Neokeynesianer erkannten nicht, dass der weltweite Wachstumsrückgang keine vorübergehende, konjunkturelle Erscheinung war, sondern einen Bruch in der Entwicklung des westlichen Kapitalismus darstellt. Die damaligen Mainstream-Keynesianer kannten die Schriften ihres Meisters nur unvollständig. Deshalb wussten sie auch nicht, dass Keynes bereits in den 1940er Jahren vorhergesehen hatte, dass die Wachstumsraten auf längere Sicht sinken würden, und zwar unter das zur Gewährleistung von Vollbeschäftigung erforderliche Niveau. Die Mainstream-Keynesianer glaubten

in den 1970er Jahren genau so wie ihre Gegner aus dem konservativ-liberalen Lager, an so etwas wie ewiges Wachstum. Dieser Wachstumsfetischismus hat sich ja bis heute gehalten, obgleich die vergangenen drei Jahrzehnte eindeutig beweisen, dass es nicht mehr möglich war, ein zur Vollbeschäftigung hinreichendes Wachstum zu regenerieren.

Die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien Westeuropas und mit ihnen die Gewerkschaften verstanden sich als Keynesianer. Doch, wie gesagt, sie kannten weder den ganzen Keynes, noch hatten sie eine Vorstellung vom Ende des Nachkriegswachstums. Vielmehr reagierten sie eher aggressiv auf kritische Vorhaltungen – etwa von Seiten der Ökologen –, die die alte Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ infrage stellten und einer grundlegende Neuorientierung der Beschäftigungspolitik forderten.

Die wirtschaftspolitische Unsicherheit, ja Niederlage der Mainstream-Keynesianer erwies sich sozusagen als Steilvorlage für die Konservativen – bekannt als Monetaristen, Angebotstheoretiker oder eben Neoliberale. Sie zogen ihre fertigen Rezepte aus den Schubladen und boten sie der durch die Krise schwer verunsicherten Öffentlichkeit als Heilslehre an. Die orthodoxe Marktökonomik, die dann als „Neoliberalismus“ bezeichnet wurde, hatte bereits seit den 1950er Jahren gegen den Keynesianismus polemisiert und seit den 1960er Jahren in steigendem Maße gegen den Wohlfahrtsstaat bzw. Sozialstaat agitiert. Er sei unbezahlbar, führe zu Sozialmissbrauch und Trägheit, ließe die Innovationsfähigkeit der Marktkräfte erschaffen usw. Wie bekannt sein dürfte, gelangten von Ende der 1970er Jahre an in mehr und mehr westlichen Ländern konservative Parteien ins Regierungsamt. Die entscheidende Weichenstellung fand jedoch in den angelsächsischen Staaten USA und GB statt. Der angelsächsische Neoliberalismus, wie schon bemerkt handelt es sich defacto um eine neokonservative Ideologie, wurde strategisch umgesetzt. Deregulierung, Privatisierung, Entstaatlichung, Flexibilisierung sind die einschlägigen Schlagworte. Die konservativen US-Regierungen beschränkten sich keineswegs auf die amerikanische Binnenwirtschaft. Vielmehr nutzten sie ihre weltpolitische Vormachtstellung, um mittels der Globalisierung ihre Vorstellungen international durchzusetzen. Leider trafen sie dabei in der Mehrzahl der OECD-Länder nicht nur auf geringen Widerstand, sondern mehr und mehr folgten auch die kontinentaleuropäischen Regierungen den vermeintlichen Sachzwängen der Globalisierung. Doch was als „Sachzwänge“ bezeichnet und zur Legitimierung der neoliberalistisch orientierten Politik als alternativlos ins Feld geführt wurde, resultierte aus der internationalen politischen Strategie des angelsächsischen Konservatismus.

Wie ausgeführt, waren die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in die Defensive geraten. Sie vermochten jedoch keine Gegenmodell zur

konservativen Marktradikalität zu entwickeln. Vielmehr folgten sie dann mehr oder weniger unwillig dem scheinbar unangreifbaren Sieger entsprechend der opportunistischen Parole „If you can´t beat them, join them“. Das berüchtigte Schröder-Blair-Papier, das die Blaupause für die neoliberalistischen Eskapaden der Schröder-Regierung lieferte, zeugt von dem Überläufertum der deutschen Sozialdemokratie, was sie ein Drittel der Mitglieder kostete, den Aufstieg der Linkspartei provozierte und die SPD bei den Wahlen einbrechen ließ.

Wir können als Zwischenergebnis festhalten: Ausschlaggebend für den Aufstieg der konservativ-liberalen Anti-Keynesianer war nicht, dass sie eine neue, bessere Wirtschaftstheorie und entsprechend überlegene Wirtschaftspolitik anzubieten hatten, sondern eben das scheinbare oder auch tatsächliche Versagen der Mainstream-Keynesianer gegenüber der krisenhaften Lage der 1970er Jahre.

In den repräsentativen Demokratien der westkapitalistischen Länder verlor der beschäftigungspolitische Staatsinterventionismus à la Keynes an Popularität. Die wahlberechtigte Bevölkerung glaubte den Wachstums- und Arbeitsplatzversprechungen der konservativen Politiker und brachte sie in die Regierung. In den USA Präsident Reagan, in Großbritannien Premierministerin Thatcher, in Deutschland die CDU-FDP-Koalition von Bundeskanzler Kohl. Es gab Gegenbeispiele – etwa in Frankreich (Mitterand) oder in Skandinavien. Doch mit dem Politikwechsel in den USA, der westlichen Hegemonialmacht, waren die Weichen gestellt – in Richtung Finanzialisierung des Kapitalismus und Globalisierung entsprechend der später als „Washington Konsens“ bezeichneten Konzeption. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums schien dann sogar der historisch endgültige Sieg des neuen, neokonservativen Kapitalismus besiegelt. Eine grandiose Illusion, wie wir heute wissen, aber ihre psychologische und ideologische Wirkung erwies sich als Beschleunigungsfaktor auf dem Weg in die große Krise der Gegenwart.

USA: Regierung am Zügel des US-Kapitals

Um den Politikwechsel der USA machtpolitisch zutreffend analysieren zu können, muss das politische System der USA ins Auge gefasst werden. Bekanntlich spielt der Einfluss von „Big Business“ und von der „Wall Street“ auf die amerikanischen Abgeordneten und die Regierung eine kaum zu unterschätzende Rolle. Das liegt keineswegs nur an der Wahlkampffinanzierung, die zu erheblichen Teile durch Spenden aus der Wirtschaft gespeist wird, sondern auch die personellen Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft waren und sind in den USA noch weitaus stärker als in anderen westlichen Ländern. Die Urgroßväter und Urgroßmütter der neoliberalistischen Strategie der vergangenen drei Jahrzehnte sind also bei

den US-amerikanischen Machteliten zu finden. Was dann als internationale Ausbreitung des Neoliberalismus folgte, war wesentlich durch die angelsächsische Vorreiterrolle bestimmt. Allerdings hätten sich durchaus alternative Entwicklungen in Europa ergeben können, wenn, ja wenn die europäischen Regierungen dem neokonservativen US-Modell entgegen getreten wären. Was immerhin in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Schweden, geschehen ist.

Die Heilsversprechungen der Neokonservativen/Neoliberalen gingen nicht in Erfüllung. Vor allem gab es weder die verheißenen hohen Wachstumsraten noch Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Das war spätestens seit Mitte der 1980er Jahre offenkundig. Dennoch wurde nicht nur an der Transformation der Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegszeit in den neuen Finanzkapitalismus festgehalten, sondern die Politik beschleunigte noch ihren Kurs in Richtung Krise. Von Kritikern war das schon sehr frühzeitig erkannt worden. So etwa von den linken US-amerikanischen Ökonomen Sweezy und Magdoff². Doch solche Außenseitermeinung galt als abwegig und wurde faktisch ignoriert. Auch die abgehalfterten Mainstream-Keynesianer bestachen nicht gerade mit innovativen wirtschaftspolitischen Vorstellungen, sondern beriefen sich immer wieder auf die alten Rezepte, die aber nun mal in der Stagflation der 1970er Jahre versagt hatten.

Von Seiten der Mainstream-Wirtschaftswissenschaft wurde die Politik des „Mehr vom Gleichen“ vehement unterstützt, aber dabei rannten die eilfertigen Ökonomen nur offene Türen ein. Dieses wahnwitzige, gemeinwohlfeindliche Spielchen der neokonservativen Machträger ging munter weiter. Es funktionierte eine erstaunlich lange Zeit – eben bis zum offenen Ausbruch der großen Krise im Herbst 2008.

Es mag als Paradoxon in die Wirtschaftsgeschichte eingehen, dass gerade die überbordende Spekulation, die letztlich die Krise auslöste und das Ausmaß der Krise determinierte, über einen längeren Zeitraum hinweg das realwirtschaftliche Wachstum und damit auch die Beschäftigung gestützt hatte. Anders gesagt: Ohne die Spekulationsökonomie wären die Wachstumsraten noch niedriger und die Arbeitslosigkeit noch höher ausgefallen. Wie erklärt sich das Paradoxon? Die Antwort ist ziemlich einfach: Indem im Zuge der Spekulationswirtschaft auch Kredite für realwirtschaftliche Aktivitäten vergeben wurden – z. B. Konsum- bzw. Kreditkarten-Kredite, Hypotheken niedrigen Standards (subprime), Finanzierung von Investitionen u. a. durch Private-equity-Firmen – wurden Kapazitäten aufgebaut und reale Güter produziert. Allerdings handelte es sich zum großen Teil um Fehlinvestitionen, d. h.

² Vgl. Harry Magdoff/Paul M. Sweezy, *Financial Instability: Where Will It All End?* (1982), in: *Monthly Review*, Bd. 61, Nr. 11, April 2010, S. 57-61.

Verzinsung und Tilgung der Kredite konnten eben nicht gewährleistet werden. Das war wohl häufig im Voraus bekannt, aber auch bei der Vergabe von faulen Krediten an die „NINJA“³ machten Spekulanten gute Geschäfte, wie wir erlebt haben – und immer noch erleben.

Die aktuelle Schelte an die Adresse von Spekulanten und Banken ist sicherlich moralisch vertretbar, aber doch etwas naiv. Denn was diese Leute getan haben, entspricht doch voll und ganz dem Kernverständnis des Kapitalismus, nämlich jede Möglichkeit zu nutzen, um Gewinn zu machen. Verantwortlich sind also jene Leute, die solche Möglichkeiten erst geschaffen bzw. zugelassen haben – also die politischen Funktionseleiten der westkapitalistischen Länder.

Kollaboration von Politik und Finanzkapital

Hier kann keine längere, gar ausführliche Darstellung empirischer Einzelbeispiele dafür gegeben werden, wie die Vertreter des Finanzkapitals mit der Politik verhandelt sind und wie sich die Politik oftmals den Wünschen der Finanzunternehmen gefügt hat. Es genügen aber auch einige exemplarische Hinweise auf die Verflechtungen von Politik und kapitalistischer Wirtschaft, insbesondere der finanzkapitalistischen Wirtschaft. Ausschlaggebend war, wie bereits erwähnt, und ist noch immer die Situation in den USA. Der Versuch des amerikanischen „Reform-Präsidenten“ Obama, eine strenge Bankengesetzgebung zu erreichen und zu einer Regelung zurück zu kehren, wie sie mit dem Glass-Steagal-Act von 1932 bis 1999 (!) bestand, nämlich die Trennung von Geschäftsbanktätigkeit und Investmentbanking, ist bereits gescheitert. Auch der Vorschlag des früheren Fed-Chefs Paul Volcker, den Banken den Eigenhandel und den Betrieb von Hedgefonds und Private-Equity-Fonds zu untersagen, hat keine Chancen (mehr). Die Wall-Street-Lobby hat ihren Einfluss wieder erfolgreich geltend gemacht – geltend machen können, weil zuviele US-Politiker sowohl ideologisch als auch aus wahlpolitischen Gründen mehr auf die Wünsche der Finanzkapitalisten als der Wählerschaft achten. Das ist ein fundamentales Demokratie-Problem und fand mit der These Colin Crouchs von der „Postdemokratie“ allgemeine Beachtung. Im Wirtschaftsteil des „Handelsblattes“ war jüngst in einem Korrespondentenbericht aus den USA Folgendes zu lesen:

„Die ehemals große Einigkeit darüber, dass die Banken nach der Krise streng an die Kette gelegt werden müssen, ist unter dem Druck innenpolitischer Zwänge zerbrochen. Wer in Europa von radikalen Maßnahmen wie einem international koordinierten Verbot von Leerverkäufen oder Hedge-Fonds träumt, sollte sich davon schnell verabschieden. Wenn sich der US-

³ Abkürzung für die Personengruppen, denen Kredite quasi aufgedrängt wurde, die aber weder über ein Einkommen, noch einen Arbeitsplatz, noch Vermögen verfügten (No Income, No Job, No Assets).

Gesetzgeber im Angesicht der Goldman-Klage und einer im Volk weit verbreiteten Anti-Wall-Street-Stimmung nicht zu härteren Maßnahmen durchringen kann, sind die Erfolgsaussichten für solche Pläne nicht sehr groß.“⁴

In derselben Ausgabe des Handelsblattes war auch eine süffisante Kritik an dem früheren Präsidenten der Europäischen Zentralbank, dem Niederländer Wim Duisenberg, zu lesen. Auch hierzu ein kurzes Zitat:

„Wim Duisenberg, der erste Präsident der Europäischen Zentralbank, habe in seinen ersten Amtsjahren nach der Euro-Einführung zu viel Golf gespielt und sich nicht ausreichend um die Disziplin der Euro-Mitglieder gekümmert. So lautet das Fazit des ehemaligen niederländischen Premierministers Ruud Lubbers.“⁵

Der deutsche Bundesbankpräsident Axel Weber, der als Nachfolger von Trichet als Präsident der EZB genannt wird, zeichnete sich durch extreme Fehleinschätzungen der Krisengefahren aus. Noch im August 2008, vier Wochen vor dem Zusammenbruch der Lehman-Bank, verkündete Weber, es gäbe überhaupt keinen Anlass, über Konjunkturprogramme auch nur zu reden. Von irgendwelchen Krisensignalen wollte er nichts hören und sehen. In den Wirtschaftsmedien war hingegen bereits seit 2007 in zunehmenden Maße auf die sich krisenhaft zuspitzende Entwicklung auf den Finanzmärkten hingewiesen worden.

Generell haben die westlichen Zentralbankräte weitgehend versagt. Sie erkannten nicht oder wollten gar bewusst übersehen, dass die Banken ihre Kreditvergabe in einem Ausmaß steigerten, das zwangsläufig zu einem enormen Anstieg von Kreditausfällen führen musste. In den USA hat Alan Greenspan als Präsident des US-Zentralbanksystems die Liquiditätsausweitung massiv gefördert – immer in der vermeintlich wissenschaftlich gesicherten Meinung, dass Märkte effizient wären und keine Krisen hervorbringen könnten. - In einer jüngst vorgelegten Studie des US-Ökonomen Ross Levine wird detailliert nachgezeichnet, welche gravierenden Fehler die US-amerikanischen Regierungen und die Fed zwischen 1996 und 2006 begingen und wie diese schließlich zum Ausbruch der großen Wirtschaftskrise beitrugen.⁶ Zitat aus der Zusammenfassung:

„... ich finde, dass die Konstruktion, die Realisierung und die laufende Durchführung der Finanzpolitik während der Periode von 1996 bis 2006 die

4 Rolf Benders, Der Einfluss der Bankenlobby ist spürbar, in: Handelsblatt, Nr. 98, 25. Mai 2010, S.12f.

5 David Marsh, Eine Krise an der Grenze zwischen zwei Kulturen, in: Handelsblatt, Nr. 98, 25. Mai 2010, S. 13.

6 Ross Levine, An Autopsy of the U.S. Financial System: Accident, Suicide, or Negligent Homicide?,

vorrangigen Gründe für den Niedergang des Finanzsystems waren. Die offenkundigen Belege stehen im Gegensatz zu der Sichtweise, dass der Zusammenbruch des Finanzsystems nur durch die Übersteigerung der Immobilienblase und durch das Herden-Verhalten der Spekulanten bedingte wurde....“⁷

Irreführung der Öffentlichkeit

Es ist menschlich verständlich, wenn die für die Fehlentwicklungen verantwortlichen Politiker ihr Versagen und ihre Inkompetenz vor der Öffentlichkeit zu vertuschen versuchen. Dabei kommt es dann auf eine Lüge mehr oder weniger anscheinend gar nicht mehr an. Ein Paradebeispiel für ein solches Manöver, die eigene Schuld auf Andere abzuwälzen, ist in der Bundesrepublik als „Die deutsche Lehman-Lüge“ bekannt geworden, wenngleich auch nicht im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit. Worum geht es? Die so genannte Rettung der Pleitebank Hypo-Real-Estate (HRE) im Herbst 2008, die den bundesdeutschen Staat, letztlich die Steuerzahler, über 100 Mrd. Euro kostet, wurde der Öffentlichkeit als alternativlos dargelegt. Es handele sich um eine systemrelevante Bank, und es habe sich ja gezeigt, dass der Zusammenbruch der Lehman-Bank die Krise ausgelöst habe. Was jedoch verschwiegen und erst durch journalistische Recherche bekannt wurde, ist die Tatsache, dass die HRE schon lange vor dem September 2008 als defacto bankrott galt. Der Präsident des Bundesamtes für Finanzmarktaufsicht (Bafin), Sanio, hatte bereits zu Beginn des Jahres 2008 das Bundesfinanzministerium über die unhaltbare Situation von HRE informiert. Das Bafin ordnete vom März 2008 an, dass die HRE täglich ihren Liquiditätsstatus beim Bafin zu melden hatte. Doch das Problem HRE ist noch viel schlimmer. Bereits bei der Gründung der HRE handelte es sich um eine Art Täuschungsmanöver. Am 16. Februar 2003 (!), einem Sonntag, trafen sich bei einer Geheimkonferenz der damalige Bundeskanzler Schröder, sein Finanzminister Eichel und der Wirtschaftsminister Clement mit Vertretern deutscher Großbanken, u. a. Josef Ackermann von der Deutschen Bank, und von der Allianz-Versicherung. Es ging um faule Kredite im Bankensektor von 100 Mrd. Euro. Es war also lange vor dem September 2008 bekannt, dass sich

⁷ Ebenda, S. 0: „... I find that the design, implementation, and maintenance of financial policies during the period from 1996 through 2006 were primary causes of the financial system’s demise. The evidence is inconsistent with the view that the collapse of the financial system was caused only by the popping of the housing bubble (>accident<) and the herding behavior of financiers rushing to create and market increasingly complex and questionable financial products (>suicide<). Rather, the evidence indicates that regulatory agencies were aware of the growing fragility of the financial system due to their policies and yet chose not to modify those policies, suggesting that >negligent homicide< contributed to the financial system’s collapse.“

ein Gewitter zusammenbraute. Die Gründung der Hypo-Real-Estate stand im Zusammenhang mit der Übernahme der HypoVereinsbank (HVB) durch die italienische Uni-Kredit. Uni-Kredit wollte jedoch die faulen Kredite der HypoVereinsbank (damaliger Jahresverlust: 820 Mio. Euro infolge von Krediten für Schrottimmobilien in den östlichen Bundesländern) nicht mit übernehmen. Die HVB gründete 2003 die HRE als eine Bad-Bank, um die faulen Papiere deutscher Schrottimmobilien und US-Hypotheken dort zu bündeln und die HRE an die Börse bringen.⁸ Im Börsenprospekt der HRE wurde auf die schlechte Bonität zwar hingewiesen, aber die Börsenzulassung wurde dennoch genehmigt. Hierzu ein Zitat aus der „Financial Times Deutschland“: „Beim Finanzstärke Rating von Moody’s erhält die neue HRE die Note „D+“. Das bedeutet, dass sie bei schwerer Marktlage auf fremde Hilfe angewiesen sein könnte. Der Börsenprospekt wird von den Aufsichtsbehörden abgenickt. Im Aufsichtsrat sitzt auch Hans-Werner Sinn, Chef des Ifo-Instituts, dessen neuer Bestseller den Titel trägt „Ist Deutschland noch zu retten?“. Alle Verantwortlichen schauen zu, wie die Problembanken sich durchschummeln.“⁹

Zur Zukunft des Kapitalismus

Die vergangenen drei Jahrzehnte zeigen einen schleichenden Niedergang des nordatlantischen Kapitalismus. Die Umverteilung von unten nach oben hat zu einer gesellschaftlichen Spaltung geführt, die sich auch wirtschaftlich negativ auswirkte. Es fehlte an Massennachfrage, um die Produktionsmöglichkeiten auszulasten. Die Kreditvergabe an die Konsumenten kompensierte den Nachfrageausfall zwar zeitweilig, aber eben mit der Folge von Kreditausfällen in extremem Umfang und einem entsprechenden Nachfrageeinbruch im Verlauf der Krise.

Die Bereitschaft zu grundlegenden Reformen, die im Herbst 2008 zu spüren war, ist längst verflogen. Wie dargelegt, wird es der US-Regierung kaum gelingen, wirksam gegen die Spekulationswirtschaft einzuschreiten. Damit stehen auch in Europa die Chancen schlecht, aus dem Schlamassel heraus zu kommen. Das europäische Krisenmanagement nimmt sich besonders blamabel aus. Das Emporschnellen der Staatsverschuldung ruft eine Art Panikreaktion hervor. Die öffentlichen Hände sollen jetzt massive Einsparungen vornehmen. Das lässt sich auf die Kurzformel bringen: „Brüning beherrscht Europa“. Betroffen ist selbstverständlich die Realwirtschaft. Sie trägt aber gerade keine Schuld am abrupten Anstieg der Staatsverschuldung und profitiert auch nicht davon. Vielmehr dient(e) der größte Teil der steigenden Staatsdefizite der

⁸ Leo Müller, Die deutsche Lehman-Lüge, in: Financial Times Deutschland,

⁹ Ebenda

Sozialisierung von Spekulationsverlusten der Banken. Es ist somit zu erwarten, dass

- das Wachstum in den kommenden Jahren noch niedriger ausfällt als vor der Krise, somit auch die Beschäftigungsprobleme nicht durch Wachstum gelöst werden
- die Spekulation in kaum verändertem Umfang fortgeführt wird, so dass dann auch wieder Blasen entstehen und platzen, also bereits eine neue Krise programmiert wird.

Die ökologische Megakrise wird verdrängt

Die aktuelle Wirtschaftskrise nimmt zwar den Großteil der politischen Aufmerksamkeit in Anspruch, aber sie erscheint doch nachrangig im Verhältnis zu den sich auftürmenden ökologischen Problemen im umfassenden Sinn. Klima, Ressourcenerschöpfung, Umweltzerstörung im Kleinen und Großen sind die einschlägigen Stichworte. All das ist spätestens seit 1972, dem Erscheinungsjahr der ersten Ausgaben von „Grenzen des Wachstums“, weltweit bekannt. Doch außer, dass sich in mehreren Ländern „grüne“ Parteien gründeten, die inzwischen ziemlich angepasst sind und von ganz normalem politischen Karrierepersonal geführt werden, ist viel zu wenig in Sachen Umwelt geschehen – im Gegensatz zu der Öko- Rhetorik auf nationaler und internationaler Ebene.

Die Zukunft des Kapitalismus wird also in steigendem Maße von diesen ökologischen Problemen bestimmt werden. Der Zusammenhang zwischen der ökologischen Megakrise und der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und damit auch mit der neokonservativen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte scheint meines Erachtens vor allem darin zu bestehen, dass die eskalierenden wirtschaftlichen Probleme, und zwar schon seit den 1980er Jahren, die breite Öffentlichkeit/wahlberechtigte Bevölkerung und Politik viel zu stark in Anspruch nahmen, als dass die Brisanz der heraufziehenden Ökokatastrophe gesehen – oder vielleicht sollte besser gesagt werden: gefühlt – wurde. Die Problemlösung wurde immer wieder hinaus geschoben. Darin besteht die eigentliche Belastung der künftigen Generationen durch die heutige – und nicht etwa in der Staatsverschuldung.

Wachstumsfetischismus – eine sehr hartleibige Illusion

Schon vor der Wirtschaftskrise war offenkundig geworden, dass es keine Rückkehr zur Vollbeschäftigung mittels Wachstum mehr geben wird. Die ökologische Krise verstärkt noch das Wachstumsproblem. Daraus ergibt sich, dass Vollbeschäftigung auch bei geringem oder gar ganz ohne Wachstum erreicht werden müsste, wenn die Beschäftigungsfrage, an der ein komplexes

Bündel weiterer Probleme hängt, eine sozial und menschlich befriedigende Antwort finden soll. Keynes hat hierzu eine Antwort gegeben. Im Zusammenhang mit seiner bereits kurz erwähnten Langfristprognose zum Auslaufen des Wachstum (Stagnation) nannte Keynes auch einige Handlungsmöglichkeiten, um trotz geringer, gar ganz ausbleibender Wachstumsraten ein hohes Beschäftigungsniveau zu gewährleisten.

Die Grenzen eines Vortrags erlauben nicht, hier detaillierter auf Keynes' – auch heute noch wenig bekannte – Langfristanalyse und Stagnationsprognose einzugehen, aber es sei wenigstens erwähnt, dass die wesentliche Möglichkeit, Vollbeschäftigung ohne Wachstum zu erreichen, in Arbeitszeitverkürzung besteht. Diese Perspektive findet Unterstützung durch die Ergebnisse der ökonomischen Glücksforschung, die sich seit etwa zwanzig Jahren entwickelt hat – richtiger: erneut belebt wurde. Eine ihrer Kernaussagen lautet, dass von einem bestimmten, relativ hohen Einkommensniveau an, weiteres Wachstum keinen merklichen Zuwachs an gesellschaftlichem Wohlstand mehr bringt. Die Menschen werden nicht glücklicher bzw. zufriedener. Wenn dem aber so ist, so bedeutet ausbleibendes Wachstum keineswegs einen Wohlstandsverlust. Es heißt dann aber Abschied zu nehmen von dem alten Rezept, Vollbeschäftigung an die Bedingung hohen Wachstums zu binden.

Die Umverteilung von unten nach oben hält an – national wie global

Die Wachstumsfrage stellt sich jedoch sehr verschieden für Länder unterschiedlichen Entwicklungsniveaus. Reiche Länder, Schwellenländer und arme Länder. Die Globalisierung hat den Aufstieg der Schwellenländer erheblich beschleunigt. Insbesondere die VR China sticht durch ihren rapiden Aufstieg zu einer wirtschaftlichen und politischen Weltmacht hervor. Damit beschleunigte sich zugleich der relative Niedergang der westkapitalistischen Ökonomien. Doch die eindeutigen Verlierer der Globalisierung sind die armen Länder. Dies spiegelt sich auch in der globalen Entwicklung der Verteilung wider. Die *zwischenstaatliche Ungleichheit* (gemessen an den Durchschnittseinkommen der Länder) folgte einem steigenden Trend: Zwischen 1950 und 2004 ist der Gini-Koeffizient von 0.44 auf etwas unter 0.55 gestiegen. Die *internationale Ungleichheit* ist hingegen gefallen; ihr Gini-Koeffizient sank seit 1950 von 0.58 bis 2004 auf ca. 0.5. Bei der internationalen Ungleichheit werden die Durchschnittseinkommen der Länder mit der jeweiligen Bevölkerungszahl gewichtet. Die Rückgang der internationalen Ungleichheit ist vor allem durch das Einkommenswachstum des bevölkerungsreichsten Landes der Erde, der VR China, begründet.

Doch die beiden Ungleichheitsgrößen besagen nichts über die personelle Verteilung. Diese wird durch die *globale Ungleichheit* beschrieben. Hierbei wird

für die gesamte Weltbevölkerung wie für die eines einzigen die Verteilung ermittelt. Der Gini-Koeffizient der globalen Ungleichheit ist seit 1990 mit Schwankungen gestiegen. Ob also zunehmende Ungleichheit oder Gleichheit der Einkommensverteilung auf der Erde konstatiert wird, hängt vom jeweiligen Verteilungskonzept ab.

Für die Entwicklung der zwischenstaatlichen und der internationalen Ungleichheit spielt es keine Rolle, ob die Einkommen in den einzelnen Ländern ungleich oder gleich verteilt sind. Die Globalisierung hat jedoch die Ungleichverteilung innerhalb aller Länder – den hoch entwickelten wie den Schwellenländern und den ganz armen Staaten – forciert. Es bildete sich sozusagen die *globale Klasse der Reichen* heraus. Ihre Angehörigen finden sich in allen Ländern. Auf der Gegenseite wuchsen Armut und die Zahl der Menschen in prekären Verhältnissen. Die globale Umverteilung von unten nach oben, also von der arbeitenden Klasse zur Klasse der Reichen, wird vom Gini-Koeffizient der zwischenstaatlichen Verteilung nicht erfasst. Vielmehr muss hierzu die Entwicklung der *globalen Ungleichheit* (Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung der Weltbevölkerung unbeachtet der nationalen Zugehörigkeit) betrachtet werden. Sie ist im Trend gestiegen.¹⁰

Die Zahl der Armen hat erheblich zugenommen, und das globale Wachstum wird nicht nur die Situation der armen Länder weiter verschlechtern, sondern auch mehr Armut in den reichen Volkswirtschaften hervorrufen. Denn die Konkurrenz um die knapper werdenden Naturressourcen verschärft sich laufend. Zum Zuge kommen nur die bereits wohlhabenden Länder und die wohlhabenden Schichten. Denn nur sie verfügen über die Kaufkraft, um die steigenden Preise für Energie, seltene Metalle und dergleichen rapide verknappte Naturressourcen bezahlen zu können. Wir erleben im heutigen Europa, wie die Krise eine weitere Verschlechterung der Arbeits- und Lebenslage der breiten Massen nach sich zieht. Die Sozialisierung von Spekulationsverlusten treibt die Staatsverschuldung in die Höhe. Das liefert den Machteliten ein Argument für Einsparungspolitik und Steuererhöhungen. Weniger Lohn und weniger Sozialtransfers auf der einen Seite, aber nach wie vor Spekulationsgewinne und parasitäre Einkommen der Investmentbanker auf der anderen Seite

Längerfristige Perspektive.

Die kurzfristigen Aussichten für die Weltwirtschaft, insbesondere aber für die

¹⁰ Vgl. Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, hrsg. v. Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2008), 3. A., Frankfurt/M 2009, S. 69.

alten kapitalistischen Länder einerseits und die armen Volkswirtschaften andererseits, sind also pessimistisch einzuschätzen. Doch wie sieht es auf mittlere bis lange Sicht aus? Die Antwort wird sich wohl kaum bei den Ökonomen und sonstigen Sozialwissenschaftlern finden, die mit ihrer blindwütigen Marktapologie auf der ganzen Linie gescheitert sind. Es empfiehlt sich, die Meinung der heterodoxen Wirtschaftswissenschaftler zur Kenntnis zu nehmen. Sie lagen völlig richtig mit ihrer Kritik am Neokonservatismus und der Prognose, dass die Entwicklung in eine große Krise münden werde.

Es versteht sich, dass hier kein vollständiger Überblick zu den Positionen der Mainstream-Gegner gegeben werden kann. Vielmehr konzentriere ich mich auf einen Autor, auf Immanuel Wallerstein. Es ist nicht übertrieben ihn als berühmt zu bezeichnen. Er dürfte der einflussreichste Wissenschaftler der „Weltsystemanalyse“ sein. Das von ihm 1976 gegründete „Fernand-Braudel-Center“ der Bingham University in New York gilt als eine der herausragenden Institutionen jener Forschungsrichtung.

Wallersteins Einschätzung der weiteren Krisenentwicklung hört sich recht dramatisch an, dürfte aber der Wirklichkeit weitgehend entsprechen. Ich zitiere aus einem Vortrag, den Wallerstein am 5. November 2009 an der südafrikanischen Universität KwaZulu-Natal gehalten hat. Der Text wurde inzwischen auch auf deutsch veröffentlicht.¹¹

„Die Depression, in die die Welt geraten ist, wird nun eine ganze Zeit lang andauern und sehr tief gehen. Sie wird die letzte kleine Stütze der relativen wirtschaftlichen Stabilität zerstören, die Rolle des US-Dollars als Reservewährung für die Reichtumssicherung. Wenn dies geschieht, wird es die Hauptsorge der Regierungen auf der Welt sein – von den USA bis China, von Frankreich bis Russland, Brasilien und Südafrika, ganz abgesehen von allen den schwächeren Regierungen auf der Welt -, Aufstände von Arbeitslosen und den Mittelschichten, deren Ersparnisse und Pensionen sich verflüchtigen, zu verhindern. Als erste Verteidigungslinie flüchten sich die Regierungen in Protektionismus und Gelddrucken, um den Volkszorn unter Kontrolle zu halten. ... Wir bewegen uns auf einen Kollaps des Systems zu, aus dem wieder herauszukommen für die Welt sehr schwierig werden wird.“¹²

Diese pessimistische Zukunftseinschätzung Wallersteins wird von nicht wenigen Autoren geteilt. Einer von ihnen sei hier noch zitiert, der international bekannte, US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson:

„Wenn man durch Wachstum nicht aus diesem Dilemma herauskommen kann, gibt es nur drei Möglichkeiten: entweder Inflation oder Staatspleite oder ein

¹¹ Immanuel Wallerstein, Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010, Hamburg, S. 1-16.

¹² Ebenda, S. 7f.

Bail-out. Aber wer ist stark genug, um die USA vor dem Ruin zu bewahren? Die Schuldenkrise kann der Auslöser für den Zusammenbruch der Supermacht Amerika sein¹³.

Aus Wallerstein's Sicht sind drei Hauptfaktoren maßgebend für die weitere Entwicklung des westlichen Kapitalismus:

1. Das historisch herausragende Ausmaß der Krise.
2. Der langfristige Anstieg der *volkswirtschaftlichen* Produktionskosten, also der tatsächlichen Gesamtkosten, die nicht nur die privat- bzw. einzelwirtschaftlichen Kosten umfassen, sondern auch die sogenannten externalisierten Kosten (toxische Abfälle, Erneuerung von Rohstoffen, Entwicklung von Infrastruktur). Die Externalisierung stößt jedoch zunehmend an Grenzen, so dass die einzelwirtschaftlichen Kosten steigen, und das belastet die Profite.
3. Der Aufstieg Chinas beeinträchtigt die wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten des Westens, und damit auch das westliche Profitpotential.

Diese Faktoren machen – so Wallerstein – eine Regeneration des westlichen Kapitalismus unmöglich:

„Von jetzt an befinden wir uns unmittelbar an der Weggabelung des systemischen Prozesses. Es geht jetzt nicht mehr um die Frage, wie sich das kapitalistische System wieder aufrappeln und neue Schubkraft gewinnen wird. Die Frage ist, was an die Stelle dieses Systems treten wird. Welche Ordnung wird aus dieser chaotischen Situation herausführen?“

Darüber ist sich natürlich bis jetzt nicht jeder im Klaren. Die meisten Leute machen weiter, als ob das System schon irgendwie weiter funktionieren würde, nach den alten Spielregeln. Sie liegen gar nicht so falsch. Das System funktioniert weiter, nach den alten Spielregeln. Aber jetzt ist es so, dass die alten Spielregeln die strukturelle Krise nur noch weiter vertiefen.“¹⁴

Wallersteins Metapher der Weggabelung verweist auf Alternativen. Grob umreißt Wallerstein zwei Möglichkeiten:

1. Der Versuch des „Weiter so“, was auch die Gefahr des Übergleitens in einen faschistoiden oder faschistischen Kapitalismus birgt.
2. Ein neues System, das „relativ demokratisch und relativ egalitär ist“.

In welche Richtung die Entwicklung gehen wird, ist selbstverständlich ungewiss. Doch besteht kein Zweifel, dass sich eine lang anhaltende

13 Siehe Niall Ferguson „Der Euro wird zur weichen Währung“, Interview mit ~, Interviewer Torsten Riecke, in: Handelsblatt, Nr. 90, 11. Mai 2010, S. 8.

14 Wallerstein, Krise, a. a. O., S. 12.

Konfliktsituation ergibt. Entscheidend werden die Reaktionen der breiten Massen sein. In den demokratischen Staaten sind es die Wählerinnen und Wähler, die entweder resignierend die Status-quo-Politik hinnehmen oder quasi revolutionäre Veränderungen erzwingen können.

Die Implikationen der zweiten Alternative korrespondieren mit der Keyneschen Vorstellung einer guten Gesellschaft – Vollbeschäftigung und Wohlstand ohne Wachstum. Die Verteilungsfrage bildet ein Kernproblem der kommenden Auseinandersetzungen. Für die reichen Länder liefert die relativ junge Forschungsrichtung der Glücksökonomie probate Anleitungen, wie ohne Wachstum, aber mit einer vernünftigen Einkommensverteilung i. S. größerer Egalität ein höherer Wohlstand erreicht wird.¹⁵

Unsere gefühlte Wahrscheinlichkeit spricht wohl eher dafür, dass eine grundlegende Reform ausbleiben wird, aber dieses Gefühl könnte sich ebenso gut als trügerisch erweisen. Denn unsere Intuition – auf andere Weise lässt sich eine längerfristige Zukunftseinschätzung kaum generieren – hängt von Erfahrungen ab. Es fehlt dabei aber die Erfahrung mit einer Krise des gegenwärtigen Ausmaßes oder anders gesagt: Die Systemkrise ist ein Novum, das auch den Lauf der weiteren Entwicklung anders einzuschätzen nahe legt, als dies bei den kleineren Krisen der vergangenen Jahrzehnte der Fall war.

Juni 2010

¹⁵ Vgl. Richard Wilkinson/Kate Pickett, Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin/Frankfurt a. M. 2009; Bruno S. Frey/Claudia Frey Marti, Glück. Die Sicht der Ökonomie, Zürich/Chur 2010.